

Prof. Dr. Christoph Zeitler

Postanschrift: Rathaus | Altstadt 315 | 84028 Landshut
Besuchsanschrift: Fleischbankgasse 316 (Zimmer 314 / III) | 84028 Landshut
Fon: 0871-88-1530 | Fax: 0871-88-1531
E-Mail: : fraktion.fdp@landshut.de | www.fdp-LA.de



An den
Stadtrat Landshut
Rathaus
84028 Landshut

14.12.2012

14.12.2012/R

DRINGLICHKEITSANTRAG
zum Plenum am 14.12.2012
„Mutter Stadt Landshut muss Tochter Klinikum finanziell helfen“

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Gesellschafter Stadt Landshut erstattet dem Klinikum Landshut die erbrachten Aufwendungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen. Die entstandenen Aufwendungen sind von der Stadt Landshut 2013 auszugleichen. Rechtsgrundlage ist der Betrauungsakt, nachdem die Stadt Landshut dem Klinikum die Aufwendungen für ihre gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen erstatten kann, was in der Vergangenheit auch erfolgt ist.

Begründung:

In der Vergangenheit hat die Stadt Landshut dem Klinikum die Aufwendungen für seine gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen (z.B. Notfallambulanzen, Krankenpflegeschule) erstattet. Im Haushalt 2012 waren beispielsweise hierfür 742.000 € eingestellt. Der Haushalt 2013 sieht hierfür allerdings keinerlei Mittel vor. Weder ein Wirtschaftsplan 2013 noch eine Stellungnahme des Aufsichtsrates des Klinikums zum Ausgleich der gemeinwirtschaftlichen Aufwendungen wurden dem Haushaltsplenum vorgelegt.

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation des Klinikums ist es zwingend notwendig, dass die Mutter Stadt ihrer Tochter Klinikum weiterhin hilft. Auch wenn keine rechtliche Pflicht der Stadt zum Ausgleich der Aufwendungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen besteht, steht die Stadt trotzdem in der moralischen Pflicht. Die gute Praxis der Vergangenheit, dem Klinikum seine gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zu erstatten, muss unbedingt fortgesetzt werden. Die Stadt Landshut als Gesellschafter des Klinikums muss hier ihre Verantwortung übernehmen und darf das Klinikum gerade jetzt nicht finanziell im Regen stehen lassen. Der Ausgleich der Aufwendungen für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen beweist, dass den Worten der Solidarität mit dem Klinikum auch echte (finanzielle) Taten folgen. Es geht um das Wohl des Klinikums, seiner Beschäftigten und Patienten.

Prof. Dr. Christoph Zeitler
Stadtrat